Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 30. Dezember 1881. **Nr. 608.**

Deutschland.

Berlin, 29. Dezember. In der letzten Nummer der halbamtlichen „Prov.-Korresp." finden wir an der Spitze den nachstehenden „Zum Jahreswechsel" betitelten Artikel:

Das hinter uns liegende Jahr wird in vieler Hinsicht in Zukunft als ein Wendepunkt in der inneren Geschichte Deutschlands gelten dürfen und zwar, so gewagt es mitten in dem Lärm des Kampfes klingen mag, als ein wirklicher Schritt auf der Bahn der Gesundung unseres Staatslebens. Wer freilich die Entwickelung des politischen Lebens lediglich nach dem Maßstab der parlamentarischen Ergebnisse und Erfolge bemessen wollte, der fände in dem vergangenen Jahr keinen Anhalt für die Meinung, daß wir wirklich einen Schritt vorwärts gethan haben, der eine weitere Zukunft anbahnt. Aber der Werth und die Bedeutung des politischen Lebens richtet sich nach den Gedanken, die es beherrschen und für Gegenwart und Zukunft leitend werden.

Das scheidende Jahr hat die Grundlage zu einer Reform der sozialen (gesellschaftlichen) Verhältnisse gelegt; es bildet den ersten Beginn der eingestandenen Sozialpolitik, die erste bewußte Loslösung von Grundsätzen, unter denen nicht sowohl das wirthschaftliche als das gesellschaftliche Leben dahinzusiechen begann. Durch die in den Jahren vorher in Wirksamkeit getretene Zollreform war das wirthschaftliche Leben und besonders die gewerbliche Thätigkeit der Nation von den Einflüssen befreit, welche die Kräfte des Auslandes in übertriebener und unerträglicher Weise auf unseren inneren Markt ausübten. Das letzte Jahr hatte in großen Zweigen der wirthschaftlichen Thätigkeit bereits recht erfreuliche Früchte des neuen Systems aufzuweisen, welches sich auch in der Besserung der Finanzlage des Reichs unzweideutig bewährte. Aber jene Reform, so segensreich sie an sich sein mag und auch in Zukunft wirken wird, wies zugleich auf die Nothwendigkeit einer Ergänzung hin, auf die Pflicht, auch die gesellschaftlichen und persönlichen Verhältnisse des Volkes und zumal der arbeitenden Klassen ins Auge zu fassen und die Grundsätze, unter denen sich dieselben seit langer Zeit entwickelt haben, in ihrer Wirkung zu untersuchen.

Der Glanz und Schimmer, welchen seit fast einem Jahrhundert der Grundsatz der persönlichen Freiheit und Gleichheit — seiner Zeit unzweifelhaft mit Nutzen für die gesammte politische und wirthschaftliche Entwickelung — verbreitete, hatte den Blick für die schweren Schäden getrübt, die in Folge einseitiger Anwendung desselben mehr und mehr das wirthschaftliche und soziale Leben davontrug; man übersah, daß jener Grundsatz nur den starken Elementen zu Gute kam und die schwachen in eine noch größere Abhängigkeit brachte; man sah in dieser Entwickelung etwas Natürliches, das mit dem „Kampf ums Dasein" nothwendig verbunden sei.

Die kaiserliche Regierung machte in dem hinter uns liegenden Jahre den ersten Versuch zu einer Aenderung der Entwickelung; sie zeigte klar und deutlich den Weg, welcher uns vor den verderblichen Konsequenzen herzloser und ungerechter Grundsätze schützen kann; sie setzte auf dem wichtigsten Gebiet der gesellschaftlichen Verhältnisse dem planlosen Gehen- und Geschehenlassen durch die Anerkennung von der Nothwendigkeit staatlicher Fürsorge einen Damm entgegen, indem sie auch für die schwachen Elemente den Grundsatz aussprach, daß sie einen Rechtsanspruch auf Schutz und Fürsorge der bürgerlichen Gesellschaft für ihre Zukunft haben.

Das im besten Sinne sozialpolitische Gesetz, welches die Regierung dem Reichstage im Frühjahr vorlegte, wird als das erste Denkmal der sozialpolitischen Reform für alle Zeiten seine Bedeutung behalten. Noch maßgebender und bedeutungsvoller sind die Worte der kaiserlichen Botschaft, mit welcher der neugewählte Reichstag im November eröffnet wurde und worin auch zu weiterer Erfüllung der Zwecke der Reform „die Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens" und die Fürsorge für die „durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig" Gewordenen als Aufgabe der Zukunft bezeichnet wurde. Auch die letzteren — so hieß es in der Botschaft — „haben der Gesammtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht."

Alle wahrhaft heil- und segenbringenden Reformen sind, wie die Geschichte Preußens lehrt, stets von der Krone ausgegangen. So hat die Regierung auch jetzt für Preußen und Deutschland die Bahn gebrochen zu einer neuen großen Entwickelung. Wie die Krone stets vorausgeeilt ist, um den Zeitverhältnissen und Bedürfnissen entsprechend das Volk zu seinem Heile auf den Weg zu führen, welcher demselben ein glänzendes Fortschreiten auf allen Gebieten des Lebens ermöglichte, und wie die Macht und die Einsicht der Krone sich auch gerade in der letzten großen Zeit der Geschichte Preußens und Deutschlands mächtig bewährte, so hat auch jetzt wieder die Regierung die Bahn einer Reform betreten, deren Segen nicht ausbleiben kann, wenn er auch noch von den Anhängern der alten Lehre bezweifelt wird.

Die Geschichte zeigt, daß die Krone stets auf den Widerstand der sich in alten Geleisen fortbewegenden Parteien gestoßen ist. In dieser geschichtlichen Erfahrung liegt ein Trost für die Gegenwart. Zwar kann nicht geleugnet werden, daß zahlreiche und weite Kreise mit freudiger Genugthuung die Pläne der Regierung als eine befreiende That begrüßt haben, aber ebensowenig kann übersehen werden, daß das Verständniß für dieselben noch bei Weitem nicht in alle Volkskreise eingedrungen ist und daß namentlich die Parteien und Fraktionen hindernd entgegen traten, indem sie die reformatorischen Gedanken der Krone durch Entstellung zur Aufregung der Masse und zur Förderung ihrer politischen Oppositionszwecke auszubeuten suchten.

Dies hat sich ganz besonders in der Wahlbewegung gezeigt, die in diesem Jahre einen großen Theil des politischen Lebens ausmachte. Selbst die gemäßigte Richtung der liberalen Partei trat in Folge dieser Wendung allmälig mehr in einen auffallenden Gegensatz zu der Regierung. Vor Allem aber griff innerhalb der liberalen Partei der Radikalismus immer mehr um sich. Die Liberalen haben ihre Parteigrundsätze wieder mit größerer Schärfe und Rücksichtslosigkeit hervorgekehrt, um so ein Gegengewicht gegen die sozialreformatorischen Bestrebungen der Krone zu erhalten. Es ist gewiß bezeichnend, daß die neue sogenannte „große liberale Partei" ihren ersten Versuch einer gemeinsamen praktischen Leistung eben auf dem Gebiete sozialer Reform zu machen sucht, auf welchem die Regierung ihr vorangegangen ist. Aber sie scheut vor jeder durchgreifenden Verbesserung zurück und will den neuen Most eben in alte Schläuche fassen, die er zu sprengen und zu zerreißen droht.

Wie in erster Linie die Krone das wirthschaftliche und soziale Leben in ihre Obhut nimmt, so erscheint sie auch als die erste und höchste Trägerin des nationalen Gedankens. Die Vorbereitungen zu der Einbeziehung der Freien Stadt Hamburg in das deutsche Zollgebiet haben immer mehr die Einmüthigkeit der betheiligten wie überhaupt aller verbündeten Regierungen erkennen lassen; die Parteien waren zuerst allerdings bestrebt, der Regierung in dieser rein nationalen Sache Schwierigkeiten zu bereiten und hierfür nach rechtlichen und politischen Gründen zu suchen. Die Kraft des nationalen Gedankens wird aber hoffentlich diese ganze Angelegenheit auch bald zu einem guten parlamentarischen Abschluß führen.

Für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche und speziell für die Verhältnisse der katholischen Kirche in Preußen wird das neue Jahr hoffentlich ein wirksamer und wahrhafter Wendepunkt sein. Auch hier ist die Regierung vorangeschritten in der Erkenntniß der Bedürfnisse des Landes und ihrer katholischen Unterthanen und in dem Streben nach Herbeiführung eines ehrlichen Friedens. Das Entgegenkommen der Kurie und die Friedfertigkeit der Domkapitel hat es ermöglicht, daß in vier Sprengeln bereits wieder geregelte kirchliche Verhältnisse eingeführt und zwei Bischöfe und zwei Bisthumsverweser eingesetzt worden sind. Weitere Erfolge des gleichen Strebens stehen bevor. Die Erkenntniß von der Nothwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Staat und Kirche hat sich jetzt auch in solchen Kreisen Bahn gebrochen, welche an dem Kampf mit der katholischen Kirche sich aus wesentlich politischen, weit über die Ziele der Regierung hinausgehenden Gründen betheiligt hatten. Um so mehr ist zu hoffen, daß die Anfänge des kirchlichen Friedens im neuen Jahre ihre noch glücklichere Fortsetzung finden werden. Das hohe Ziel der Regierung kann freilich nur erreicht werden, wenn die Katholiken selbst und die katholische Kirche ihr dazu ernstlich und aufrichtig behülflich sind.

Das Jahr 1881 ist auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht ohne hervorragende Ereignisse geblieben. Das Verbrechen, durch welches Kaiser Alexander II. von Rußland sein Leben einbüßte, brachte aller Welt die Gefahren zum Bewußtsein, welche aus der Verbindung materialistischer Weltanschauung und aus der Verachtung gegen Gesetz und Gottes Ordnung in verwahrlosten Gemüthern entstehen müssen. Der traurige Hingang Alexanders II. ist nicht ohne Einfluß auf eine erneute Annäherung Rußlands an Deutschland und Oesterreich-Ungarn gewesen. Die Danziger Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Alexander III. sowie die immer engeren Beziehungen unserer Politik zu Oesterreich-Ungarn haben keinen Zweifel mehr darüber gelassen, daß die gemeinsame Grundauffassung, welche die Politik der drei Reiche verbindet, die kräftigste Bürgschaft einer friedlichen Entwickelung bildet.

An der Schwelle des neuen Jahres blickt Deutschland gerade jetzt um so vertrauensvoller zu seinem Kaiser hinauf, als die Entwickelung der inneren und äußeren Verhältnisse immer mehr auf den Kaiserthron als auf den sicheren Hort hinweist, in welchem das Volk allezeit den Schutz und Schirm seiner wahrhaften Interessen findet, wenn auch die Kurzsichtigkeit und Leidenschaftlichkeit der Parteien sich Lehren zurechtlegen, welche die Krone von dem inneren Volksleben loslösen und nicht nur von der Verantwortung, sondern auch von jedem thatkräftigen Einfluß auf die Entwickelung befreien möchten.

Das neue Jahr wird uns sicher der Kämpfe und der Sorgen in jeder Beziehung viele bringen. Da darf es uns denn zur Beruhigung gereichen, daß selbst in dem Kampf der Parteien die Krone als festes Bollwerk dasteht und ihre Macht immer tiefer in die Herzen aller Schichten des Volkes dringt. Hierin allein liegt die Bürgschaft für einen wirklich gesunden Fortschritt. Hierauf wollen wir denn auch trotz des Kampfes dieser Tage unsere Hoffnung für eine glückliche Zukunft setzen.

— Wie die „Köln. Ztg." mittheilt, ist eine kirchenpolitische Vorlage für den Landtag bereits ausgearbeitet und wird seit 10 bis 12 Tagen darüber unter den Ministerien, vorerst schriftlich, verhandelt. Ueber den Inhalt verlaute noch nichts und allem Anscheine nach würden auf die schließliche Gestalt der Vorlage die Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle von Einfluß sein.

— Der „Vossischen Zeitung" wird aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen folgende Verfügung des dortigen Regierungspräsidenten mitgetheilt:

„Zur Vermeidung einer mißbräuchlichen resp. ungesetzlichen Einwirkung auf die bevorstehenden Reichstagswahlen nehme ich hierdurch Veranlassung, sämmtlichen Magistraten des Regierungsbezirks die Verabfolgung der diesen Wahlen zu Grunde zu legenden Verzeichnisse der Wähler im Original oder in Abschrift, die letztere namentlich auch nicht gegen Entrichtung von Kopialien, an Privatpersonen, Wahlkomitee's, politische Vereine oder andere Gesuchsteller, welche nicht zu den öffentlichen Behörden gehören, hiermit ausdrücklich zu untersagen; vielmehr sind alle nicht von Behörden ausgehenden Anträge auf Mittheilung der Wahlverzeichnisse im Original oder in Abschrift ausnahmslos zurückzuweisen.

Der Regierungspräsident.
gez. Steinmann."

Es ist nicht abzusehen, wie so die bloße Verabfolgung von Abschriften der Wählerlisten, sofern sie nur an alle darum nachsuchenden Personen gegen Erstattung der Kosten stattfindet, zur „mißbräuchlichen oder ungesetzlichen Einwirkung" auf die Wahlen führen könnte. Die Beschaffenheit solcher Listen ist ein von allen Parteien angewandtes Mittel, um eine möglichst starke Wahlbetheiligung herbeizuführen, die sicherlich im allgemeinen Interesse liegt. Wie die Angemessenheit der Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten Steinmann zu bestreiten ist, so scheint andererseits seine Berechtigung, den Magistraten die Verabfolgung von Abschriften der Wählerlisten zu untersagen, sehr — zweifelhaft.

— Vor mehreren Monaten berichteten wir über die Erledigung der Angelegenheit des im Oktober v. Js. unweit Sinos an der liberischen Küste gestrandeten Hamburger Dampfers „Carlos". Nach dem Erscheinen S. M. S. „Viktoria", Ende Februar d. Js., wirkte die liberische Regierung, in Ermangelung eigener Machtmittel, zur Sühne des von Eingebornen des Landes begangenen Frevels beim Einschreiten des deutschen Kriegsschiffes mit. Es erfolgte die Zerstörung von Nanna-Krou, der Ortschaft, welcher die Strandräuber angehörten, und die Gefangennehmung mehrerer Hauptschuldiger. Außerdem übernahm die liberische Regierung die Garantie für den pünktlichen Eingang der für die ausgeplünderten und mißhandelten Besatzungsmannschaften des „Carlos" reklamirten Entschädigungs- und Schmerzensgelder im Betrage von etwas über 5000 Dollars, welche innerhalb vier Monaten in zwei Raten auf dem kaiserlichen Konsulat eingezahlt werden sollten. Wie die „Nordd. Allg. Ztg." jetzt berichtet, blieb die liberische Regierung indeß mit Zahlung der im Juni d. J. fälligen ersten Rate der Gelder im Rückstande, ohne auch nur den Versuch einer Entschuldigung zu machen. In Folge dessen erschien es angezeigt, die kaiserliche Korvette, welche inzwischen auf den südlichen Theil der ostamerikanischen Station gegangen war, für alle Fälle zu einem zweiten Besuch von Monrovia zu veranlassen. Am 28. Oktober langte S. M. S. „Viktoria" dort wieder an. Es ergab sich, daß die dortige Regierung auch bis dahin Alles vernachlässigt hatte, um der eingegangenen Verpflichtung zu genügen. Korvetten-Kapitän Valois ließ deshalb durch den Konsulatsverweser dem Staatssekretär der Republik mittheilen, daß, wenn der nunmehr fällige Gesammtbetrag nicht bis zum 2. November, Mittags 12 Uhr, auf dem Konsulat eingegangen sei, der Kommandant nach Porto Grande fahren und telegraphisch der kaiserlichen Regierung melden werde, die Zahlung sei nicht ohne Anwendung von Gewalt zu erreichen. In diesem Falle würde er aber beantragen, die Republik Liberia auch für die Kosten der nöthig werdenden dritten maritimen Expedition verantwortlich zu machen. Nach verschiedenen Versuchen auf liberischer Seite, die Angelegenheit aufs Neue zu verschleppen, gelang es der ebenso festen wie umsichtigen Haltung des Kommandanten, die pünktliche Zahlung der Entschädigungssumme theils in baar, theils in guten Wechseln durchzusetzen.

— Ueber die Mission der Münchener Nuntiatur bei den Domkapiteln von Osnabrück und Paderborn berichtet die „Germania" folgendes Nähere:

Der Abgesandte der Nuntiatur in München, welcher die Domkapitel in Paderborn und Osnabrück besucht hat, war der Uditore Tarnassi. Derselbe traf am Freitag Abend in Paderborn ein; am Sonnabend Nachmittag fand eine außerordentliche Sitzung des Paderborner Domkapitels statt, in welcher Msgr. Tarnassi Eröffnungen des heiligen Vaters über die vom Domkapitel vorzunehmende Bischofswahl gemacht haben soll. Am Morgen des Weihnachtstages reiste Msgr. Tarnassi nach Osnabrück. Am Montag traf aus Heiligenstadt der Ehrendomherr und bischöfliche Kommissar Dr. Zehrt in Paderborn ein und es fand Abends eine Zusammenkunft des Domkapitels statt. Am selben Abend kam Msgr. Tarnassi von Osnabrück zurück und am folgenden Morgen wohnte er einer neuen Sitzung des Domkapitels bei. Msgr. Tarnassi wurde z. Z. auch nach Trier gesandt, um dem dortigen Domkapitel die vom h. Vater getroffene Wahl des Herrn Dr. Felix Korum zum Bischofe anzuzeigen. Derselbe Abgesandte leitete im Elsaß die Ernennung der Koadjutoren ein. Ueber den Inhalt der in Paderborn und Osnabrück gemachten Eröffnungen, welche sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Wiederbesetzung der Bischofsitze beziehen, wird selbstverständlich noch strenges Stillschweigen beobachtet. Das „Westf. Volksbl." vermuthet, daß der h. Stuhl dem Domkapitel nur ein beschränktes Wahlrecht zurückgege-

ben habe, d. h. das Domkapitel hatte nur unter bestimmten Persönlichkeiten, über welche man sich zwischen Berlin und Rom bereits geeinigt hat, zu wählen. Die Bekanntgebung dieser Persönlichkeiten wäre dann der Zweck der Reise des Msgr. Tarnassi gewesen. Hätte es sich bloß um die Mittheilung einer vom h. Vater getroffenen Ernennung gehandelt, so wären die wiederholten Sitzungen des Domkapitels nicht nothwendig gewesen. Paderborn hat noch ein Kapitel von 9 Mitgliedern, während in Osnabrück außer dem Kapitularvikar Dr. Höting nur noch ein Domkapitular, Herr Schade, am Leben ist. Für den Stuhl in Osnabrück wird also event. eine päpstliche Ernennung erfolgen.

— Der St. Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet unterm 24. d.:

„Ich erfahre soeben aus unanfechtbarer Quelle, daß ein Komplott entdeckt worden, welches die Ermordung des Kaisers von Rußland in der Karavaniastraße, die er, wie erwartet wurde, auf seinem Wege von dem Palaste nach der Michael-Reitschule anläßlich des jüngsten St. Georgsfestes passirt haben würde, zum Zwecke hatte. Es war erwartet worden, daß der Zar an dem Tag nach Petersburg kommen und dem Herkommen gemäß eine Revue über die Truppen der Garnison in der Reitschule abhalten würde. Ich bin noch nicht im Stande gewesen, vollständige Einzelheiten betreffs der Pläne der Verschwörer zu erlangen, die alle vor wenigen Tagen in einer Versammlung von Revolutionären in den Vorstädten verhaftet wurden. Nach der im Besitze der Polizei befindlichen Information zu schließen, konnte Nichts das Leben des Zaren retten, wenn er die erwähnte Straße passirt hätte."

— Die Ueberweisung des demnächst in Petersburg zur Verhandlung kommenden Nihilistenprozesses an ein Ausnahmegericht wird durch nachstehende „Mittheilung der Regierung" kundgethan:

Im Jahre 1879 bildeten die hervorragenderen Mitglieder der in Rußland entstandenen geheimen Genossenschaft von Uebelthätern einen Kreis von Terroristen, welcher seine Thätigkeit in einer ganzen Reihe schwerer Staatsverbrechen äußerte, die in der Frevelthat vom 1. März gipfelten. Die Leiter und Haupttheilnehmer dieses Kreises sind gegenwärtig bekannt und zum Theil schon verurtheilt, zum Theil gehören sie zur Zahl von 25 Personen, von denen zwei erst in der letzten Zeit verhaftet sind und befinden sich in Gewahrsam, um dem Gericht übergeben zu werden. Die über dieselben geführte Untersuchung enthält alle Daten, um sowohl den Bestand als auch die verbrecherischen Absichten des erwähnten Kreises festzustellen, sie hat gleichzeitig mit möglichster Vollständigkeit über alle hierauf bezüglichen Hinweise Aufklärung gegeben, welche im Laufe des vergangenen Jahres der Regierung zur Verfügung gestellt wurden, und hat vollkommen genügenden Anlaß geboten, um schon jetzt 23 der Angeschuldigten dem Gericht zu übergeben; die Angelegenheit der beiden übrigen Angeschuldigten muß nothwendigerweise vertagt werden, da es nicht möglich ist, den Zeitpunkt der Beendigung der über sie eingeleiteten Untersuchung festzustellen.

In Folge dessen erging am 9. Dezember auf den vom Justizminister auf Grund des Punktes 2 Art. 1031 Bd. XV. Thl. 2 (Forts. von 1879) Seiner Majestät dem Kaiser abgestatteten unterthänigsten Bericht der Allerhöchste Befehl, die gegenwärtige Angelegenheit in Bezug auf die in derselben angeklagten 23 Personen der besonderen Session des dirigirenden Senats mit Betheiligung ständischer Vertreter zur Verhandlung zu überweisen.

— Ueber die Vorgänge in Warschau erhält die „Nat.-Ztg." weitere Mittheilungen, aus denen wir die bemerkenswerthe Thatsache hervorheben, daß schon mehrere Tage vor Weihnachten Gerüchte von bevorstehenden Unruhen in Warschau kursirten. Die Gerüchte schwirren noch wirr durcheinander und es ist nicht möglich, den Dingen auf den Grund zu kommen. Jetzt will man Gruppen von Menschen vor der Kirche gesehen haben, welche die das Gotteshaus Verlassenden mit den Worten in dasselbe wieder zurückdrängten: „Umkehren, weiter beten!" Thatsache ist, daß die Panik erst an der Thür und auf der Freitreppe entstanden ist und die im Schiff der Kirche Befindlichen von den Vorgängen draußen keine Ahnung gehabt haben. Eine andere Version bezüglich des verhängnißvollen Alarmrufes lautet, daß derselbe nicht den Ausbruch von Feuer, sondern den Einsturz des ganz massiv aus Stein aufgeführten Gotteshauses habe signalisiren wollen. In der polnischen Sprache unterscheidet sich das Wort „es brennt" — „Feuer" (pali sie) von dem Worte „es stürzt ein (wali sie) nur durch den ersten Buchstaben. Daher ein Mißverständniß in der allgemeinen Aufregung leicht erklärlich.

Die Klagen über das Verhalten der Polizeimannschaften während der Tumulte ist allgemein; dieselben sahen dem Treiben der wilden Rotten theilnahmslos zu, und bekräftigten somit das sich im Volke wie Lauffeuer verbreitende Gerücht, die Polizei habe erlaubt, während 6 Stunden die Juden zu plündern. Augenzeugen behaupten, daß Polizisten aus den Händen von Plünderern Cigaretten angenommen hätten. Inzwischen ist die Ruhe wieder hergestellt und sind zahlreiche Verhaftungen, man spricht von 1000, vorgenommen worden, doch lebt sowohl die jüdische als die christliche Bevölkerung der Hauptstadt Polens in der Furcht vor Erneuerungen der Tumulte.

Ausland.

Rom, 27. Dezember. In einem Artikel, welcher die Ueberschrift: „Deutschland, Italien und das Papstthum" führt, stellt der „Diritto" folgende drei Grundsätze auf: 1) Die weltliche Herrschaft des Papstes ist nicht werth, in welcher Form immer diskutirt zu werden, weil sie gegen die nationale Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit ist. 2) Der moderne Staat kann die Ueberlegenheit des kirchlichen Einflusses nicht anerkennen. 3) Jedes Uebereinkommen, welches eine mittelbare oder unmittelbare Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten in sich schließt, verletzt die Autonomie des Staates.

Diese Prinzipien — heißt es in dem Artikel — gehören nicht Italien, sondern der allgemeinen Zivilisation an. Unsere Stellung ist politisch und rechtlich unangreifbar; wir werden sie bis aufs Aeußerste vertheidigen; Deutschland scheint den Papst und seine Ansprüche unterstützen zu wollen; aber es giebt eine Erwägung, welche wohl geeignet ist, die Befürchtungen, die wir etwa hegen könnten, zu zerstreuen, nämlich die, daß thatsächlich Alles, was das Papstthum stärkt, das deutsche Reich schwächt. Bismarck konnte im Jahre 1872 die Mächte nicht dahin bringen, sich über die Regelung der Papstwahl ins Einvernehmen zu setzen und diese Wahl der Anerkennung der Mächte zu unterwerfen. Er konnte 1874 bis 1875 von Italien und den übrigen katholischen Mächten nicht erlangen, daß sie die Verantwortung für den Gebrauch übernähmen, welchen der Papst von seiner geistlichen Unabhängigkeit machen würde.

Fürst Bismarck kommt heute auf diesen Versuch in einer neuen Form zurück; er will einen Papst, dessen er sich erwehren und, wenn nöthig, bemächtigen könnte. Auch wir müssen uns einen verantwortlichen Papst wünschen, denn wir vertheidigen in Italien die Souveränität des weltlichen Staates, welche der Reichskanzler Fürst Bismarck in Deutschland vertheidigt. Es handelt sich darum, ein Mittel zu finden, um die Verantwortlichkeit des Papstes wirksam zu gestalten, ohne den Prinzipien unserer nationalen Existenz und Unabhängigkeit Eintrag zu thun, und um das weitere Prinzip der Souveränität des weltlichen Staates sicherzustellen. Es ist dies wahrscheinlich eine schwierige, aber eine Bismarcks und Italiens würdige Aufgabe. Die Lösung derselben wird sich entweder mit oder gegen Italien vollziehen. Zwischen Alles gefährden und Alles gewinnen kann die Wahl nicht zweifelhaft sein.

Washington, 24. Dezember. In heutiger Verhandlung trug Guiteau wiederum ein höchst freches und schamloses Betragen zur Schau und zuweilen fand es selbst der sonst so nachsichtige Gerichtspräsident für angezeigt, dem Angeklagten eine Rüge zu ertheilen. Als Mr. Porter, der Staatsanwalt, einmal von Guiteau als „dem Verbrecher" sprach, rief der Angeklagte zornig aus: „Warten Sie, bis ich überführt worden, ehe Sie mich einen Verbrecher nennen. Ich bin nicht mehr ein Verbrecher als Sie es sind und ich stehe höher in der Gunst des Publikums außerhalb des Gerichtshofes als Sie." Mr. Corkhill, der Distriktsanwalt, erklärte, daß, wenn der Angeklagte fortfahre, Beleidigungen gegen die Klageanwälte auszustoßen, er darauf bestehen müsse, daß er auf die Anklagebank zurückgeführt werde. Der Präsident erwiderte, er hätte bereits die Räthlichkeit dieses Verfahrens in Betracht gezogen, worauf Guiteau entgegnete, „der Gerichtshof hat keine Diskretion in der Angelegenheit. Ich erscheine hier dem Gesetz gemäß als mein eigener Sachwalter".

Späterhin gewann das hitzige Temperament Guiteaus wiederum die Oberhand und er fiel dem Staatsanwalt ins Wort. Der Präsident drohte ihn wegen Verachtung des Gerichtshofes zu bestrafen, allein Guiteau erwiderte: „Sehr wohl, Ew. Ehrwürden! Ich bin innerhalb der Diskretion des Gerichtshofes, aber nicht als ein gewöhnlicher Verbrecher. Ich habe von Anfang an als mein eigener Sachwalter fungirt." Im weiteren Verlauf der Verhandlung fuhr der Angeklagte fort, die verhörenden Advokaten und Zeugen zu beleidigen, ohne daß der Gerichtshof einschritt. Mehrere Direktoren von Irrenanstalten schwören, daß er ihrer Ansicht nach jetzt bei gesundem Verstande sei und dies auch am 2. Juli war. Guiteau bezeichnete die Aussagen der Sachverständigen als Unsinn. „Diese Sachverständigen," sagte er, „mögen alle rechtschaffene Leute sein; aber ich mache mir nicht das Mindeste aus ihren Aussagen; ich würde nicht einen Cent für einen Scheffel derselben geben, seien dieselben zu meinen Gunsten oder gegen mich gerichtet." Der Präsident: „Schweigen Sie, Angeklagter; Sie versprachen, sich ruhig zu verhalten." Guiteau: „Sehr wohl, Präsident; ich wollte nur die Aufmerksamkeit der Geschworenen auf diesen Umstand lenken." Die Verhandlung wurde sodann bis nächsten Dienstag vertagt. Als Guiteau die Handschellen angelegt wurden, sagte er: „Morgen ist Weihnachten. Ich wünsche dem Gerichtshof, den Geschworenen, dem amerikanischen Volke und sonst Jedermann einen fröhlichen Weihnachten. Ich bin ganz glücklich."

Wie der „Times" aus Philadelphia telegraphisch mitgetheilt wird, giebt das richterliche Verfahren in dem Prozesse Guiteau der amerikanischen Presse Anlaß zur strengsten Kritik. Der Vorsitzende wird allgemein getadelt, weil er dem Angeklagten so viel Willkür läßt, den Prozeß ungebührlich in die Länge zu ziehen. Dem öffentlichen Unwillen über dieses Verhalten soll denn auch nach Beendigung des Prozesses Ausdruck gegeben werden. Die „Newyork World" bringt sogar die demnächstige öffentliche Anklage gegen den Richter in Vorschlag.

Provinzielles

Stettin, 30. Dezember. Zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens hat der Finanz-Minister durch Zirkularverfügung vom 13. v. M. bestimmt, daß die Grundsätze, welche durch die Allerhöchste Ordre vom 29. August 1838 und den Allerhöchsten Erlaß vom 16. März 1878 bezüglich der Aussetzung des Strafvollzugs aus Anlaß von Immediat-Begnadigungsgesuchen festgesetzt sind, entsprechend auch auf die Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Immediatgesuchen um Erlaß von Gerichtskosten anzuwenden sind. Demnach ist die Zwangsvollstreckung nur dann auszusetzen, wenn auf ein erstes Begnadigungsgesuch Allerhöchsten Orts Bericht erfordert ist. Im Uebrigen darf regelmäßig die bloße Einreichung eines Gnadengesuchs die Zwangsvollstreckung nicht aufhalten, jedoch sind die Hauptamtsdirigenten ermächtigt, wenn nach ihrem verantwortlichen Ermessen dem Bittsteller so erhebliche Begnadigungsgründe zur Seite stehen, daß eine Ermäßigung oder Niederschlagung der Kosten im Wege der Gnade zu erwarten ist, die Zwangsvollstreckung bis zur Allerhöchsten Entschließung auszusetzen. Die Sicherstellung der Kostenforderung durch Pfändung wird in der Regel nur dann zu unterlassen sein, wenn dem Schuldner durch diese Pfändung ein unersetzlicher Vermögensnachtheil entstehen würde. In den betreffenden Berichten ist jedesmal anzuzeigen, was in dieser Hinsicht veranlaßt ist.

— Dem Ortsvorsteher Schmidt zu Rehberg im Kreise Usedom-Wollin ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Bärwalde, 27. Dezember. (Traue nicht den Katzen.) In dem in unserer Nähe liegenden Dorfe Cölpin hätte vor einigen Tagen ein Kind bald auf höchst sonderbare Weise sein Leben verloren. Die Frau des Arbeiters Teske verließ auf einige Zeit ihre Wohnung und ließ in derselben ein etwa 1 Jahr altes Kind zurück. Bei ihrer Rückkehr fand sie das Kind, welches vorher aufrecht auf dem Fußboden gesessen hatte, auf diesem liegend und die auch im Zimmer verbliebene Katze damit beschäftigt, den Kopf desselben zu zerfleischen. Schon hatte dieselbe dem Kinde mehrere Wunden an den Schläfen und der Stirn beigebracht und war gerade dabei, den oberen Theil des Kopfes zu bearbeiten, als die Retterin in die Stube trat. Nur mit vieler Mühe gelang es der erschreckten Mutter, das wüthende Thier von seinem Opfer zu entfernen. Glücklicherweise hat dieser Unfall keine nachtheiligen Folgen für das Kind gehabt, der Katze aber benahm der heimkehrende Vater für immer die Möglichkeit, ähnliche Gräuelszenen auszuführen. Dieser Vorfall erinnert den Schreiber dieses an ein Ereigniß, welches sich vor vielen Jahren in der Bütower Gegend abspielte und auch beweist, daß es nicht rathsam ist, Katzen wegen ihrer falschen Natur mit Kindern allein, oder während der Nacht in den Schlafzimmern zu lassen. Eine Frau nämlich wurde während der Nacht durch das Gewimmer des an ihrer Seite ruhenden Kindes geweckt. Zu ihrem Schrecken bemerkte sie beim Scheine des Mondes, daß die große Hauskatze den Hals des Kindes umklammert und sich in denselben festgebissen hatte. Jedenfalls ist diese durch die Bewegungen, welche das Athmen veranlaßt, zu diesem schauerlichen Angriff gereizt worden. Auch in diesem Falle kamen die Betheiligten mit dem bloßen Schrecken davon.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Faust." Tragödie 6 Akten.

Vermischtes.

— (Der Brand der Compania-Kirche zu Santjago de Chile am 8. Dezember 1863.) Genau 18 Jahre vor dem Unheilsabend, an welchem das Wiener Ringtheater in Flammen aufging, wurde in der Hauptstadt von Chile die Compania-Kirche mit allen Andächtigen ein Raub des Feuers. Die „Hamburger Reform" veröffentlicht jetzt den Brief eines Augenzeugen, der dies schreckliche Ereigniß folgendermaßen schildert:

Am 8. d. M. war die letzte Nacht des Marienfestes (Mes de Maria), welches vor ungefähr 5 Jahren in der jesuitischen Kirche eingesetzt ward und während eines ganzen Monats zweimal täglich mit vollem Pompe kirchlich begangen wurde. Da waren Transparente, 7000 Kerzen, chinesische Laternen und all der anderweitige Trödelkram und der Hokuspokus, um eine sensationelle Nacht zu machen. Am 8. war auch der Jahrestag des Dekretes, mit welchem Pio IX. die unbefleckte Empfängniß der Maria selber proklamirt hatte.

Das grauenvolle Ereigniß vollzog sich in unglaublich schneller Zeit. In weniger als 20 Minuten waren 2500 Menschen vernichtet, fast alle weiblichen Geschlechts, denn es waren nicht mehr als 3 pCt. Männer darunter. In weniger als 20 Minuten war das ganze Innere der Kirche ein riesiger feuriger Ofen.

Ich lief nach dem Schauplatz, als ich das Schreien hörte und den Rauch sah, aber, als ich ankam, war das Werk des Todes gethan — Dach und Kuppel waren eingestürzt und die Thürme bis zum Kreuz waren ein einziges schrecklich prächtiges Feuerwerk. Jeder stand starr und gelähmt; die gaffende Menge schien zu fühlen, daß einige Leute da drinnen umgekommen sein müßten, aber Keiner ließ es sich träumen, daß ein gräuliches Brandopfer von 2500 brennenden Menschen hier zum Himmel aufstieg. In den Höfen der benachbarten Wohnungen lagen zahlreiche Todte; diejenigen, welche ich sah, starben durch Erdrückung und Erstickung. Ich sah einige Frauen in heftigen hysterischen Beschwerden, andere in Krämpfen und 2 in Wehen, aber Alle mehr oder weniger rasend.

Am folgenden Morgen gelang es mir, Eintritt zum Schiff der Kirche zu erlangen, da sah ich ein Schreckensbild, entsetzlicher als Alles, was ich je von menschlichem Weh erblickt habe. Seit Tagesanbruch beschäftigt, hatten Soldaten einen Querschnitt von Seitenmauer zu Seitenmauer, ungefähr in der Mitte der Kirche gemacht, und zwar durch eine Schicht menschlicher Körper, die 6 Fuß hoch stand — die Breite beträgt 35 von meinen Schritten — an dem oberen Theile dieses Dammes von Menschenfleisch sah man die Hände und Arme alle nach der Hauptthüre zu gerichtet, die Köpfe nichts als runde, schwarze Knorren, nichts vom Antlitz übrig, als die weißen, zusammengepreßten Zähne — die Hände und Arme, alle bis zu den Ellbogen verbrannte schwarze Stumpfe. Ein großer Theil des Schädels ward zu Kalk und das Hirn quoll hervor, geschwärzt, hart und trocken, wie ein hartgekochtes Ei. Die Körper, die dem Boden am nächsten lagen, waren zertreten, geröstet, schrecklich verstümmelt, aber wenig verkohlt, da die Luft, welche zu lebhafterer Verbrennung erforderlich war, nicht genug Zutritt hatte finden können. In den Seitenflügeln unter den steinernen Bögen waren grausig verkohlte Köpfe auf jeder Seite aufgeschichtet, dicht wie Sardinen in einer Dose, — nicht einen Stock hätte man dazwischen stecken können. Hoch oben auf dem Haufen gerösteter Menschen standen zahlreiche Schildwachen mit ihren Offizieren, während etwa 30 Soldaten die Körper herauszerrten, und zwar fingen sie mit den untersten an. Bei diesem Vorgange offenbarte sich der wilde Zug der menschlichen Natur: die Leiber wurden Glied für Glied zerrissen und die Theile vieler verschiedener Körper auf Tragbahren geladen und in die Höfe geworfen. Ich sah die Körper zweier Seminaristas (Schüler eines Priester-Seminars), ihre Satonas (Gewänder) noch fast ganz, aber Köpfe und Hände vom Feuer gänzlich verzehrt. Eine der großen Glocken, die viele Zentner wog, lag geschmolzen auf dem Grunde, und ringsumher sah man zerflossenes Glas und Eisen.

Geistliche und Offiziere standen da und sahen zu, aber keine Stimme erhob sich, um jenem herzzerreißenden Frevel Einhalt zu thun. Ich bin an Tod und Verstümmelung gewöhnt und Empfindlichkeit habe ich nur wenig, aber ich verspürte einen unbeschreiblichen Druck, eine Last, welche wie ein Alp auf meiner Brust zu liegen schien und mich zu ersticken drohte, als ich Zeuge dieser Vorgänge war. Aber das Ende war die Szene auf ihrem Gipfel — die Mistkarren, auf welche der schlechteste Unflath täglich aus den Häusern in der Stadt geladen wurde, wurden in langer Reihe aufgestellt und mit den armseligen Menschenresten angefüllt, die kein Leichentuch vor dem blendenden Glanz der Sonne verschleierte oder vor dem gemeinen Blick der Menge müßiger Gaffer längs der Straße, die zum Friedhof führte.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 29. Dezember. Der Hamburger Postdampfer „Gellert" hat Cuxhafen heute früh 8¾ Uhr passirt; derselbe war nicht auf den Grund gerathen, sondern Nebels halber vor Anker gegangen.

Rom, 29. Dezember. Der „Diritto" wirft die Frage auf, ob die italienische Regierung die Frage betreffend das Papstthum als absolut erledigt betrachten solle, sodaß ihr nur erübrigte, jedem Vorschlag auf Erörterung derselben ein förmliches „Nein" entgegenzustellen. Das Blatt sagt: Diese Frage ist für uns erledigt, was die weltliche Herrschaft, die Souveränität des weltlichen Staates, die nationale Autonomie und die Anwendung unserer Gesetze betrifft. Sie ist aber von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachtet nicht abgeschlossen. Ein verantwortlicher Papst ist der Gegenstand eines großen Interesses und für uns ist es namentlich von großem Interesse einen Papst zu haben, welcher aufhört Politik und Religion zu vermengen. Auf diesem Boden können wir nicht nur eine Diskussion nicht verweigern, sondern müssen sie vielmehr wünschen und provoziren. Der „Diritto" sagt zum Schluß, er werde auch den Präzedenzfällen Rechnung tragen, von denen ein sehr bemerkenswerther in dem vom „Diritto" reproduzirten Cirkular des Fürsten Bismarck vom 14. Mai 1872 über das zukünftige Konklave enthalten sei.

Konstantinopel, 29. Dezember. Die Delegirten der Bondholders versammelten sich gestern zum letzten Male und nahmen, nachdem sie das Protokoll der Konvention unterzeichnet und die aufrichtige Mitwirkung der Pforte konstatirt hatten, offiziell von den indirekten Steuern Besitz, welche sie bis zum 14. März der gegenwärtigen Administration überantworteten. Hierauf trennte sich die Versammlung. Der englische Delegirte Bourke ist gestern bereits abgereist.

Der durch den Untergang des französischen Dampfers „Provence" verursachte Schaden wird einschließlich des Schiffes auf 5 Millionen Frcs. geschätzt, von denen 3 Millionen auf die Ladung entfallen.

Madrid, 29 Dezember. Im Senate richtete der frühere Minister Lasala eine Anfrage an die Regierung in Betreff ihrer Haltung, falls während des Nichtzusammenseins des Parlaments die eine oder andere Macht die Rechte des Papstes schützen würde. Der Minister des Auswärtigen erwiderte, er wisse nicht, ob irgend eine Nation beabsichtige, die Rechte des Papstes zu schützen, er müsse es indessen ablehnen, Erklärungen abzugeben, welche eine andere Nation irgendwie verletzen könnten. Im Uebrigen sei seiner Ansicht nach die Lage des Papstes in Rom die gleiche wie damals, als die spanischen Bischöfe anläßlich der Vorgänge in Rom interpellirten.